

Grosz entblößt Merkel: Krachende Abrechnung über Flüchtlingspolitik!

Gerald Grosz veröffentlicht im August ein Buch über Angela Merkels Flüchtlingspolitik, das ihre Entscheidungen kritisch beleuchtet.



Berlin, Deutschland - Gerald Grosz, ein österreichischer Politiker und Unternehmer, wird im August 2025 ein neues Buch mit dem Titel „Merkels Werk. Unser Untergang“ veröffentlichen. Der Inhalt des Buches widmet sich einer Abrechnung mit der ehemaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU), wobei Grosz insbesondere Merkels Flüchtlingspolitik scharf kritisiert. Dies geschieht vor dem Hintergrund des entscheidenden Moments in der Geschichte der Flüchtlingskrise, als Merkel am 31. August 2015 den bedeutenden Satz „Wir schaffen das“ prägte. In seinem Buch, das mehr als 300 Seiten umfassen wird, argumentiert Grosz, dass diese Entscheidungen Deutschland in eine prekäre Situation gebracht haben.

Das Buch wird im Grazer Stocker Verlag erscheinen und enthält Interviews mit verschiedenen Persönlichkeiten, darunter der FPÖ-Chef Herbert Kickl, der ehemalige Präsident des deutschen Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen, der tschechische Ex-Präsident Václav Klaus und der AfD-Chef Tino Chrupalla. Es wird auch Texte von Grosz aus dem Zeitraum von 2017 bis 2025 beinhalten.

Merkels Flüchtlingspolitik im Fokus

Die Flüchtlingskrise, die entscheidend für die Schaffung von Merkels Rahmenbedingungen war, resultierte aus dem massiven Zustrom von Menschen aus kriegsgeplagten Ländern wie Syrien, Afghanistan und dem Irak. Diese Menschen suchten in der Europäischen Union Asyl, wobei viele über das Mittelmeer oder über Land nach Deutschland gelangten. Am 24. August 2015 traf Merkel sich mit dem französischen Präsidenten François Hollande in Berlin, um Lösungen für die europäische Flüchtlingskrise zu diskutieren. In dieser Zeit übernahm Deutschland die Verantwortung für die Bearbeitung der Asylanträge, insbesondere für syrische Flüchtlinge, und setzte die Dublin-Konvention aus, die vorschrieb, dass Flüchtlinge im ersten EU-Land Asyl beantragen müssen, in dem sie ankommen.

Merkels Entscheidung, das Dublin-Protokoll auszusetzen, führte dazu, dass sich schnell unter Flüchtlingen verbreitete, dass Deutschland offen für die Aufnahme war. Diese Maßnahmen, die auch die Notwendigkeit von mehr Erstaufnahmeeinrichtungen und die Förderung der Integration von Flüchtlingen betonten, wurden von Merkels Aussage „Wir schaffen das“ begleitet.

Politische Konsequenzen und gesellschaftliche Herausforderungen

Der Bundestag diskutierte die Flüchtlingskrise als eine der größten Herausforderungen im Nachkriegsdeutschland. In Regierungserklärungen wies Merkel auf die dringende

Notwendigkeit hin, faire Verteilungssysteme für Flüchtlinge zu schaffen und betonte, dass Flüchtlinge die deutschen Regeln und Werte respektieren müssen. Die politische Debatte darüber, wie Deutschland und Europa mit der Flüchtlingskrise umgehen, war und bleibt kontrovers. Es gab Stimmen wie die der Linke-Fraktionsvorsitzenden Dr. Sarah Wagenknecht, die Merkels Vorgehen als ignorierend gegenüber der westlichen Mitverantwortung für die Konflikte werten. Wagenknecht warnte vor einer Spaltung der Gesellschaft, während andere Parteien, wie die Grünen, sichere Wege nach Europa forderten und vor einer Abschottung warnten.

Grosz' Buch und die zugrundeliegenden Diskussionen um Merkels Politik verdeutlichen die anhaltenden Spannungen und Herausforderungen, mit denen Deutschland konfrontiert ist. Ein Dauerverfahren zur gerechten Verteilung von Asylbewerbern und die Integration dieser Menschen sind Themen, die auch in den kommenden Jahren wichtige gesellschaftliche und politische Fragen aufwerfen werden. Die umfassenden Entwicklungen und die anhaltende Debatte um diese Fragen werden sicherlich auch Einfluss auf die politische Landschaft Europas haben.

Für mehr Informationen zu Gerald Grosz und seinem Buch, klicken Sie bitte hier: oe24.at. Details zur Flüchtlingskrise und Merkels Maßnahmen finden Sie unter harvard.edu und zu den politischen Reaktionen im Bundestag unter bundestag.de.

Details	
Vorfall	Migrationskrise
Ort	Berlin, Deutschland
Quellen	• www.oe24.at • case.hks.harvard.edu • www.bundestag.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at